

DAS THEMA



Beim Wahlforum der regionalen Wirtschaft Ende September: IHK-Präsident Jörg Ludwig Jordan (links) mit Ministerpräsident Volker Bouffier.

Wahlprüfsteine

Gemeinsam den Mittelstand entlasten

Landtagswahl Am 28. Oktober entscheiden die Hessen über die Zusammensetzung ihres Landtags. Was erwartet die Wirtschaft?

TEXT: ANDREAS NORDLOHNE FOTO: HARRY SOREMSKI

Die Auftragsbücher sind voll, die Aussichten vielversprechend: Die Wirtschaft in Nordhessen und dem Altkreis Marburg befindet sich in bester Verfassung. Das schlägt sich auch in den Steuereinnahmen des Landes und seiner Kommunen nieder, öffentliche Haushalte verzeichnen Rekordüberschüsse. Die gute gesamtwirtschaftliche Lage mit sinkenden Arbeitslosenquoten scheint sich zu einem Selbstläufer entwickelt zu haben.

IHK-Präsident Jörg Ludwig Jordan warnt allerdings davor, sich entspannt zurückzulehnen. „Der zunehmende Fachkräftemangel, die unzureichende Breitbandversorgung, die mangelhafte Verkehrsinfrastruktur, die engmaschige Regulierungsdichte und der in immer mehr Unternehmen anstehende Generationenwechsel sind nur einige Themenfelder, die die Wirtschaft und besonders den Mittelstand vor große Herausforderungen stellen.“ Dabei ist es für den Wohlstand in Hessen wichtig, dass dieser Motor verlässlich läuft. Die gewerbliche Wirtschaft mit ihren gut 400.000 Unternehmen ist nicht nur ein bedeutender Steuerzahler, sondern steht auch für mehr als 2,3 Millionen Arbeitsplätze und rund 60 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse.

Damit dieser Motor nicht abgewürgt wird, haben die in der Vollversammlung der IHK Kassel-Marburg ehrenamtlich engagierten Unternehmer aus Industrie, Handel und Dienstleistung Wahlprüfsteine zur Landtagswahl verabschiedet.

Unter dem Slogan „Gute Wirtschaftspolitik für ganz Hessen“ rückt das entsprechende Positionspapier vier Themenfelder in den Mittelpunkt, deren Ausgestaltung maßgeblich in den Händen der Landespolitik liegt. Es geht um Finanzen und Handlungsfähigkeit der Kommunen, Bildung, Fläche sowie Infrastruktur. Der Appell an die politischen Entscheidungsträger: durch konkretes Handeln den Wirtschafts- und Zukunftsstandort Hessen zu stärken und zu fördern.

Ein Dialogangebot über den Wahltag hinaus

„Einerseits sind die Wahlprüfsteine als Erwartung der hessischen Wirtschaft zu verstehen. Andererseits auch als Dialogangebot – und das über den eigentlichen Wahltag hinaus“, hält IHK-Präsident Jörg Ludwig Jordan fest. Damit die Interessen und Anliegen der gewerblichen Wirtschaft jederzeit bei der Landespolitik Gehör finden, ist der Hessische Industrie- und Handelskammertag (HIHK) stets am Ball.

Um auch den direkten Dialog von Unternehmen mit Spitzenpolitikern der großen Parteien zu ermöglichen und zu fördern, hat die IHK Kassel-Marburg im Schulterschluss mit der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) sowie der Handwerkskammer (HWK) Kassel für Ende September zu einem Wahlforum in den Südflügel des Kulturbahnhofs Kassel eingeladen. Mehr als 150 Teilnehmer nutzten dieses Angebot.

Wahlprüfsteine online lesen

Die vollständigen IHK-Wahlprüfsteine „Gute Wirtschaftspolitik für ganz Hessen“ mit konkreten Forderungen finden Sie unter www.hihk.de/landtagswahl



Carsten Rahier



Dr. Eric Schweitzer

Engagiert für Mittelständler

Auch auf Bundesebene vertritt der Sprecher des IHK-Netzwerks Mittelstand Alwin Altrichter (KUHN oHG Feuerschutz Nachf., Bildmitte) die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen aus der Region. Das Foto ist bei einem Parlamentarischen Abend des DIHK-Mittelstandsausschusses im Jahr 2017 entstanden, bei dem Altrichter unter anderem Grünen-Politiker Cem Özdemir (links im Bild) und FDP-Bundsvorsitzenden Christian Lindner getroffen hat.

Eine Botschaft, die der Mitveranstalter VhU den Spitzenpolitikern mit auf den Weg nach Wiesbaden gab, lautete: wieder mehr Wirtschaft wagen – und damit mehr Wachstum. Der kommenden Generation sollten bessere Chancen eröffnet werden anstatt ihr immer mehr Lasten aufzubürden, sagte **Carsten Rahier, Vorsitzender des VhU-Beirates Nordhessen** und Geschäftsführender Gesellschafter der Immenhäuser sera Gruppe. Dafür seien investitionsfreundlichere Standorte, mehr Wachstum im Strukturwandel und weniger leistungsfeindliche Umverteilung notwendig. „Deshalb müssen wir insbesondere die Arbeitszeit modernisieren, die erfolgreichen Arbeitsmarktreformen bewahren und die Sozialabgaben bei 40 Prozent deckeln“, zählt Rahier auf. „Das Bildungssystem muss alle Begabungspotenziale ausschöpfen. Dabei ist die Digitalisierung die größte Herausforderung für die hessischen Schulen.“ Weiterhin mahnte er an, den Schuldenabbau zu beschleunigen.

Mit Blick auf die kommunalen Finanzen sind die Realsteuerhebesätze von 2012 bis 2017 kontinuierlich gestiegen, heißt es in den IHK-Wahlprüfsteinen – und parallel dazu die Steuerbelastung für Unternehmen. „Die Höhe der Steuern und die Ausgestaltung des Steuerrechts gehören zu den wichtigen Faktoren im Wettbewerb der Standorte“, ordnet **Alwin Altrichter, Sprecher des IHK-Netzwerks Mittelstand**, ein. Für den Inhaber der KUHN oHG Feuerschutz Nachf. mit Sitz in Homberg (Efze), der die Interessen der regionalen kleinen und mittleren Unternehmen im Mittelstandsausschuss des Deutschen Industrie- und

Handelskammertags (DIHK) vertritt, ist ein Konsolidieren der öffentlichen Haushalte auf Basis von Steuererhöhungen nicht hinnehmbar: „Die vorhandenen Spielräume sollten Politiker dafür nutzen, auch die Betriebe zu entlasten.“ Das fördere Liquidität und Substanz.

Im Steuerwettbewerb der Standorte

Schließlich konkurrieren die kommunalen Wirtschaftsstandorte nicht nur innerhalb der bundesdeutschen Grenzen. „Wichtige Wettbewerber wie die USA, Frankreich, Großbritannien oder auch Österreich gewinnen als Investitionsstandort an Attraktivität, weil sie kräftig die Unternehmenssteuern senken“, gibt **DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer** zu bedenken. Erforderlich seien strukturelle Anpassungen und Korrekturen etwa bei Abschreibungen, dem Besteuern von Kosten sowie bei der Gewerbesteuer. „Aber auch echte Entlastungen durch weniger Unternehmenssteuern und einen schnellen Abbau des Solidaritätsbeitrages sind nötig“, ergänzt Schweitzer. „Darüber hinaus ist eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung sinnvoll, um Innovationen zu erleichtern.“

Die Energiepreise werden ebenfalls weltweit verglichen. „Für uns als Kunststoffverarbeiter sind die Energiekosten der drittgrößte Kostenblock“, berichtet **Reinhard Bauer**, Geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Horn & Bauer aus Schwalmstadt. Der ehrenamtliche **Vorsitzende des IHK-Industrieausschusses** begleitet die Energiewende mit einem kritischen Auge. Die Werke von Horn & Bauer in Schwalm-

stadt und Dinkelsbühl seien nicht durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) begünstigt, wohingegen für das Werk in Ilmenau eine weitgehende EEG-Umlagen-Befreiung greife.

„Für uns bedeutet das Mehrkosten, die unsere Mitbewerber mehrheitlich nicht bezahlen“, sagt Bauer. Die neue Landesregierung sollte ihre Möglichkeiten nutzen, um zu verhindern, dass Unternehmen aufgrund zu hoher Energiekosten dem Industriestandort Hessen den Rücken kehren. Ein Schritt, zu dem sich auch Bauer gedrängt fühlt: „Ohne eine deutliche Veränderung des EEG wird sich der Standort in heutiger Form nicht halten lassen.“ Den Löwenanteil der Stromkosten hierzulande machen inzwischen mit circa 80 Prozent EEG-Umlage, Netzentgelte, Stromsteuer und weitere Umlagen für Industriebetriebe aus.

Um eine Entscheidung für den Wirtschaftsstandort Hessen zu erleichtern – gleichgültig ob Betriebserweiterung oder Neuansiedlung –, besteht Bedarf an ausreichend passgenauen Gewerbeflächen, die die jeweiligen betrieblichen Qualitäts- und Standortansprüche erfüllen. Daraus resultieren zwei Kernforderungen in den Wahlprüfsteinen der IHKs: die strategische Perspektive der Flächenentwicklung auf allen Planungsebenen zu stärken sowie die Planungsinstrumente auf Ebene der Regionalplanung weiterzuentwickeln. Aber: „Es darf nicht zu einer Verschärfung von Konflikten, durch Bauleitplanung oder Baurecht, zwischen Wohnen und Gewerbe kommen.“

Ortszentren im ländlichen Raum stärken

Die Innenstädte und Ortszentren auch im ländlichen Raum zu stärken, muss laut dem Positionspapier von der neuen Landesregierung mit hoher Priorität und einer klar zugeordneten Ressortverantwortlichkeit angepackt werden. Mit Nachdruck fordert der HIHK unter anderem, dass das Ladenöffnungsgesetz dahingehend geändert wird, dass bis zu vier verkaufsoffene Sonntage pro Kommune in der Praxis wieder veranstaltet werden können. Um dafür die gesetzgeberischen Spielräume auszuloten, ziehen der HIHK, der Handelsverband Hessen, die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland, die VhU sowie der hessische Städte- und Gemeindebund an einem Strang. Im vergangenen Jahr haben sie eine entsprechende Studie veröffentlicht und die Ergebnisse in Form eines offenen Briefes unter den Mitgliedern des Landtags publik gemacht.

Sämtliche Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen, ist ein entscheidender Faktor, die Mobilität zu stärken und die Infrastruktur auszubauen. „Dies sollte sowohl durch Rechtsanpassung – Beschränkung auf eine Klage-



Herwig
Leuk



Reinhard
Bauer

Energiepreise belasten

Circa 80 Prozent der Stromkosten machen EEG-Umlage, Netzentgelte, Stromsteuer und weitere Umlagen für Industriebetriebe aus. Reinhard Bauer von der Unternehmensgruppe Horn & Bauer sorgt sich wegen Standortverlagerungen durch diese Mehrkosten, „die Mitbewerber mehrheitlich nicht bezahlen“.

instanz – als auch durch Prozessoptimierung sowie ausreichende Personalausstattung bei den zuständigen Stellen erfolgen“, heißt es in den Wahlprüfsteinen. Die neue Landesregierung solle das angekündigte Planungsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung unterstützen.

Gründer: Bürokratiekosten erschweren Start

Bürokratiekosten durch aufwendige Genehmigungsverfahren und viele unterschiedliche Anlaufstellen belasten nicht nur gestandene Unternehmen. Sie verzögern oder erschweren häufig auch den Start von jungen Firmen. „Von einer weit weniger komplexen Besteuerung und einer deutlichen Vereinfachung bei Anträgen zur öffentlichen Förderung würden Start-ups profitieren“, sagt IHK-Präsident Jordan. „Auf diese Weise kann die Politik einen wichtigen Beitrag leisten, dass Gründer regionale Erfolgsgeschichten schreiben können.“

Mehr Raum für selbstverantwortliches unternehmerisches Handeln fordern auch andere Wirtschaftsakteure wie der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA. Ein besonderes Augenmerk legt er auf ein wirksames Vorgehen gegen das Gasthaussterben auf dem Land. Hessens Vizepräsident Herwig Leuk (Restaurant-Café Zum Nashorn, Kassel) erwartet ein Sonderprogramm mit einem Volumen von zehn Millionen Euro für fünf Jahre, das auch der Hotellerie zugutekommt.

Alle Wirtschaftsorganisationen eint die Sorge um den Fachkräftenachwuchs. Die IHKs fordern vor allem die Politik auf, die duale Ausbildung zu stärken und Schulen arbeitsweltbezogener auszurichten. IHK-Präsident Jörg Ludwig Jordan bringt es auf den Punkt: „Bildungspolitik ist Strukturpolitik und Zukunftssicherung.“